

BUNDESGERICHTSHOF

I. Zivilsenat

Aktenzeichen:	I ZB 14/26
Beschlussdatum:	14. Januar 2027
Vorinstanz OLG:	OLG Frankfurt am Main, Az. 6 W 47/26 (Beschwerde) und 6 U 47/26 (Berufung), Entscheidung vom 04. August 2026
Vorinstanz LG:	LG Frankfurt am Main, Az. 2-03 O 412/26, Urteil vom 25. Juni 2026
Verfahrensart:	Rechtsbeschwerde gemäß §§ 574 ff. ZPO (zugelassen durch das OLG Frankfurt am Main)
Streitwert RBV:	EUR 750.000,00
Parteien:	Brezelmann Discount KG (Rechtsbeschwerdeführerin) ./.. klôtzkètté S.A. + Donauzon Marketplace GmbH (Streithelferin) (Rechtsbeschwerdebeklagte)
Gegenstand:	Markenrechtsverletzung durch Soundmarken-Benutzung; Sieckmann-Konformität von Sonogrammen nach EU-Markenrechts-Reform 2017; Haptikmarke; Bekanntheitsschutz

RUBRUM

In dem Rechtsbeschwerdeverfahren

Brezelmann Discount KG,
Industriestraße 7, 97980 Bad Mergentheim,
vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Brezelmann Verwaltungs-GmbH, diese
vertreten durch Geschäftsführer Egon Brezelmann,
Prozessbevollmächtigte: Korkenzieher & Bibermund Rechtsanwälte PartGmbH, Karlsruhe (Dr.
Klaus-Wilhelm Korkenzieher),

— Rechtsbeschwerdeführerin —

gegen

- 1. klôtzkètté S.A., 9 Place Vendôme, 75001 Paris,**
vertreten durch Comtesse Beatrice de Klotzzkettie,
Prozessbevollmächtigte: Steinacker Lichtenberg & Partners, München (Dr. Friedrich-Wilhelm von
Steinacker),
- 2. Donauzon Marketplace GmbH (Streithelferin), Ridlerstraße 35, 80339 München,**
Prozessbevollmächtigte: Plattenmoser Reibstein LLP, München

— Rechtsbeschwerdebeklagte —

hat der I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs am 14. Januar 2027 durch den Vorsitzenden Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Thomas Koch, die Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Marx-Friesenheim, die Richterin am Bundesgerichtshof Schmittenheim-Falkau und den Richter am Bundesgerichtshof Dr. Boronwald

beschlossen:

TENOR

Auf die Rechtsbeschwerde der Rechtsbeschwerdeführerin wird der Beschluss des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main — 6. Zivilsenat — vom 04. August 2026 (Az. 6 W 47/26) sowie das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main — 6. Zivilsenat — vom 04. August 2026 (Az. 6 U 47/26), jeweils soweit sie die Verletzungsformen 3 (Soundmarke-Identität), 5 (Haptikmarke) und 7

I. (Kombinationsverletzung) betreffen, **aufgehoben**.

Die Sache wird im Umfang der Aufhebung zur neuen Verhandlung und Entscheidung — auch über die Kosten des Rechtsbeschwerdeverfahrens — an das Oberlandesgericht Frankfurt am Main zurückverwiesen.

II.

Der Streitwert für das Rechtsbeschwerdeverfahren wird auf **EUR 750.000,00** festgesetzt.

III.

GRÜNDE

I. Sachverhalt (komprimiert)

1. Die Rechtsbeschwerdebeklagte zu 1. (im Folgenden: Klägerin), das Pariser Modehaus klôtzkètté S.A. (9 Place Vendôme, 75001 Paris), ist Inhaberin eines weltweit registrierten Markenportfolios mit 18 Schutzrechten, darunter: die Wortmarke 'KLÔTZZKÈTTÉ' (EUTM 013 552 901, eingetragen 08.09.2015, Klassen 18, 25, 35), die Bildmarke 'K-Krone' (EUTM 017 884 922, eingetragen 14.02.2022), die 3D-Form 'Sac à fermoir Lyon' (EUTM 018 442 117, eingetragen 01.09.2023, Klasse 18), die Positionsmarke 'Goldener Faden am Saum' (DE 30 2019 211 552, eingetragen 22.11.2020, Klasse 25), die Soundmarke 'Clquet de Cassis' (EUTM 018 829 311, eingetragen 12.10.2024 nach Sieckmann-konformer Sonogramm-Hinterlegung nach eigenem Bekunden der Klägerin, Klassen 18, 25, 35) sowie die beim DPMA angemeldete, noch nicht eingetragene Haptikmarke 'Texture pointillée Vendôme' (DPMA-Anm. 30 2025 213 887, Klassen 18, 25). Die Klägerin vertreibt Luxuslederaccessoires im Preissegment EUR 3.800,00 bis EUR 12.500,00 über eigene Flagshipstores und ausgewählte Premiumeinzelhändler.

2. Die Rechtsbeschwerdeführerin (im Folgenden: Beklagte), Brezelmann Discount KG mit Sitz in Bad Mergentheim, betreibt 412 Fachmarktfilialen in Deutschland und vertreibt unter den Bezeichnungen 'CLOTZ KETTE' und 'klotzz.kette' Lederaccessoires und Handtaschen aus Kunstleder im Preissegment EUR 18,99 bis EUR 89,00. Der Onlinevertrieb erfolgt ausschließlich über die Plattform der Donauzon Marketplace GmbH (Streithelferin), die dem Rechtsstreit auf Seiten der Klägerin beigetreten ist.

3. Im Januar 2026 machte die Klägerin auf der Pitti Uomo in Florenz auf die Beklagte aufmerksam und ließ durch die Detektei Spürnase Couture 14 Testkäufe in Bad Mergentheim, München, Berlin und Florenz durchführen. Nach klägerischem Vortrag enthielt ein am Messestand der Beklagten abgespieltes Werbevideo eine mit der Soundmarke EUTM 018 829 311 identische Klangsequenz; ferner seien die Produkte der Beklagten in ihrer Oberflächentextur identisch mit der angemeldeten Haptikmarke. Die Klägerin hat vorgerichtlich abgemahnt (22.01.2026) und am 11.03.2026 beim LG Frankfurt am Main Unterlassungsantrag und Klage eingereicht.

II. Die Entscheidungen der Vorinstanzen

4. Das Landgericht Frankfurt am Main (VRiLG Dr. Martin Heydenreich-Bornholm, RiLG Sabine Auerbach-Treustetten, RiLG Christoph Lutz-Weidenkamp) hat mit Urteil vom 25. Juni 2026 (Az. 2-03 O 412/26) die Beklagte wegen aller sieben Verletzungsformen zur Unterlassung, Auskunftserteilung und zum Schadensersatz dem Grunde nach verurteilt. Hinsichtlich der in der Rechtsbeschwerde streitgegenständlichen Verletzungsformen 3, 5 und 7 hat das Landgericht folgende Erwägungen angestellt:

Verletzungsform 3
(Soundmarke): Das Landgericht bejahte Zeichenidentität aufgrund des Sachverständigengutachtens Prof. Dr. Klangmüller (94,7 % Klangsäquivalenz). Die Sieckmann-Konformität des hinterlegten Sonogramms ließ es als für die Verletzungsprüfung unerheblich dahinstehen. Einen Hinweis hierauf nach § 139 ZPO hat das Landgericht nicht erteilt.

Verletzungsform 5
(Haptikmarke): Das Landgericht bejahte den Schutz der nicht eingetragenen Haptikmarke auf der Grundlage der Benutzungsmarke (§ 4 Nr. 2 MarkenG) und des wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutzes (§ 4 Nr. 3 UWG). Die Bekanntheit der Haptikmarke wurde ohne Sachverständigengutachten aus der allgemeinen Unternehmensbekanntheit abgeleitet. Das Sachverständigengutachten Tastenberger-Witzleben (konfokal-mikroskopisch; $p > 0,05$) wurde nicht als überzeugend eingestuft.

Verletzungsform 7
(Kombination): Das Landgericht addierte die Einzelverletzungen zu einer 'Gesamtwirkung', ohne die logische Abhängigkeit von den Einzelverletzungen 3 und 5 zu erörtern.

5. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (VRiOLG Dr. Konstantin Eichhoff-Weisensee, RiinOLG Dr. Petra Stölzer-Mehrwald, RiOLG Dr. Jens Hartwig-Allenbach) hat auf die Berufung und sofortige Beschwerde der Beklagten mit Beschluss und Urteil vom 04. August 2026 (Az. 6 W 47/26 und 6 U 47/26) die Berufung der Beklagten zurückgewiesen. Zur Soundmarke hat das OLG die Auffassung des LG bestätigt, ohne eigene Sachverhaltsfeststellungen zu treffen. Zur Haptikmarke hat das OLG einen eigenständigen Begründungsansatz gewählt: Es hat die Verkehrsgeltung nach § 4 Nr. 2 MarkenG auf Basis der vorgelegten Presse- und Marktunterlagen bejaht. Beweisaufnahme zur Bekanntheit der Haptikmarke hat das OLG nicht durchgeführt.

6. Hinsichtlich der Sieckmann-Konformität der Soundmarke hat das OLG die Auffassung vertreten, das Verletzungsgericht sei an die Eintragung der Marke gebunden und könne die Frage der Darstellungsklarheit nicht incidenter prüfen. Es hat dies als 'allgemein anerkannten Grundsatz' bezeichnet (OLG-Urteil S. 12, Abs. 2). Hierin liegt die entscheidende Rechtsfrage des vorliegenden Rechtsbeschwerdeverfahrens.

7. Das OLG hat die Rechtsbeschwerde wegen grundsätzlicher Bedeutung der Frage der Sieckmann-Konformität für Soundmarken nach der EU-Markenrechts-Reform 2017 zugelassen (§ 574 Abs. 2 Nr. 1 ZPO).

III. Die Rechtsbeschwerde-Rügen

8. Die Rechtsbeschwerdeführerin rügt:

- (1) Verletzung des § 286 ZPO durch fehlerhafte Beweiswürdigung (Ignorieren des Privatgutachtens Pfeifenbach bei der Soundmarke; Annahme von Bekanntheit ohne demoskopisches Gutachten bei der Haptikmarke);
- (2) Verletzung des § 139 ZPO durch Unterlassen von Hinweisen auf den Standpunkt des Gerichts zur Sieckmann-Frage im Verletzungsverfahren;
- (3) Verletzung materiellen Rechts durch fehlerhafte Auslegung des Art. 4 UMV n.F.: Das Verletzungsgericht ist nicht gehindert, den Schutzzumfang einer eingetragenen Marke incidenter zu prüfen;
- (4) Verletzung des § 14 Abs. 2 Nr. 2 und 3 MarkenG durch Bejahung der markenmäßigen Benutzung und der Bekanntheit ohne ausreichende Tatsachengrundlage;
- (5) Fehlende Berücksichtigung des erheblichen Preisabstands (EUR 49,99 vs. EUR 3.800,00) bei der Verwechslungsgefahr-Prüfung.

IV. Würdigung des Senats

IV.1. Statthaftigkeit und Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde

9. Die Rechtsbeschwerde ist gemäß § 574 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 1 ZPO statthaft, da das OLG Frankfurt am Main die Rechtsbeschwerde wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen hat. Sie ist fristgerecht eingelegt (§ 575 Abs. 1 ZPO: ein Monat ab Zustellung). Der Beschluss des OLG vom 04. August 2026 wurde der Rechtsbeschwerdeführerin am 12. August 2026 zugestellt; die Rechtsbeschwerdeschrift wurde am 12. September 2026 beim BGH eingereicht. Die Rechtsbeschwerde ist in jeder Hinsicht zulässig.

IV.2. Fortentwicklung der Sieckmann-Rechtsprechung für Soundmarken nach der EU-Markenrechts-Reform 2017

10. Der Senat nimmt die vorliegende Rechtsbeschwerde zum Anlass, die Anforderungen der Sieckmann-Rechtsprechung (EuGH, Urteil vom 12. Dezember 2002 — C-273/00, Rn. 55 — Sieckmann) für Soundmarken nach dem Inkrafttreten der EU-Markenrechts-Reform 2017 zu konkretisieren.

11. Mit der Verordnung (EU) 2017/1001 (UMV n.F.) und der Markenrechtsrichtlinie (EU) 2015/2436, umgesetzt im deutschen Recht durch das Markenrechtsmodernisierungsgesetz vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2357), ist das Erfordernis der 'graphischen Darstellbarkeit' aus dem früheren Art. 4 UMV entfallen. Art. 4 UMV n.F. verlangt lediglich, dass ein Zeichen im Register in einer Weise dargestellt werden kann, 'die es den zuständigen Behörden und der Öffentlichkeit ermöglicht, den Gegenstand des Schutzes klar und eindeutig zu bestimmen'. Wortlaut, Systematik und Entstehungsgeschichte belegen, dass der Gesetzgeber mit der Reform 2017 das materielle Bestimmtheitsgebot der Sieckmann-Entscheidung nicht abschaffen, sondern die formalen Darstellungsmittel erweitern wollte (Erwägungsgrund 13 der RL (EU) 2015/2436).

12. Für Soundmarken bedeutet dies: Die Darstellung muss so präzise sein, dass ein Sachkundiger die Klangsequenz allein auf Basis der Eintragung reproduzieren kann, ohne auf eine beigelegte Audiodatei zurückgreifen zu müssen. Das EuGH-Urteil Shield Mark (EuGH C-283/01, Rn. 62 ff.) hatte die Notennotation als ausreichendes Mittel angesehen. Nach der Reform 2017 sind alternativ oder ergänzend zu Noten auch andere technische Darstellungen zulässig — insbesondere Sonogramme — sofern sie die Shield Mark-Anforderungen materiell erfüllen. Der Senat hält in Fortentwicklung der Sieckmann-Shield Mark-Linie folgende Mindestanforderungen für Sonogramm-Darstellungen von Soundmarken für erforderlich:

- (1) Das Sonogramm muss den vollständigen hörbaren Frequenzbereich (20 Hz bis mindestens 16.000 Hz) abbilden, sofern die Klangsequenz in diesen Bereichen spektral bedeutsame Energie enthält; eine Beschränkung auf Teilbereiche ist nur mit begründeter Ausnahme zulässig;
- (2) Die Intensitätsachse muss kalibriert sein (Dezibel-Absolutwerte); eine lediglich relative Helligkeitsskala (hell = laut) genügt nicht;

- Es muss eine maschinenlesbare Referenzdatei (MIDI oder ein äquivalentes standardisiertes Format) hinterlegt sein, die eine instrumentenunabhängige
- (3) Reproduktion der Klangsequenz ermöglicht;

- Die Zeitachse muss mit hinreichender Auflösung dargestellt sein (mindestens 10 ms
- (4) pro Pixel empfohlen), um kurze Klangereignisse eindeutig zu identifizieren.

13. Ob das bei EUIPO hinterlegte Sonogramm der Soundmarke EUTM 018 829 311 diesen Anforderungen genügt, hat das OLG nicht geprüft. Diese Prüfung ist nach Zurückverweisung nachzuholen. Der Senat tendiert in seiner Grundsatztendenz dazu, Sonogramm-konforme Hinterlegungen — sofern die unter Rn. 12 genannten Mindestanforderungen erfüllt sind — als ausreichend i.S.d. Art. 4 UMV n.F. anzuerkennen. Die abschließende Würdigung im konkreten Einzelfall bleibt dem Berufungsgericht nach Zurückverweisung vorbehalten.

IV.3. Korrektur der OLG-Würdigung: Schutzzumfang und Verletzungsvergleich

14. Das OLG hat ausgeführt, im Verletzungsverfahren sei von der Gültigkeit der eingetragenen Marke auszugehen und die Frage der Darstellungsklarheit (Art. 4 UMV n.F.) sei ausschließlich im Nichtigkeitsverfahren nach Art. 59 ff. UMV zu klären. Dieser Ausgangspunkt ist in seiner Pauschalität unzutreffend.

15. Die Eintragung einer Marke begründet gemäß Art. 59 Abs. 1 UMV eine widerlegliche Vermutung ihrer Gültigkeit. Diese Vermutung bezieht sich auf die Frage, ob die Marke hätte eingetragen werden dürfen — nicht jedoch auf die Frage, wie weit ihr Schutzzumfang reicht. Der Schutzzumfang einer eingetragenen Marke wird nach Art. 27 UMV ausschließlich durch die Darstellung im Register definiert. Ist die Darstellung so unpräzise, dass mehrere Interpretationen des geschützten Zeichens möglich sind, so geht diese Unklarheit zu Lasten des Markeninhabers: Im Zweifel ist der Schutzzumfang eng auszulegen.

16. Für den Verletzungsvergleich bedeutet dies: Das Verletzungsgericht ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, den Schutzzumfang der verletzten Marke anhand ihrer Registereintragung eigenständig zu bestimmen (BGH GRUR 2021, 1191, Rn. 28 — 'STELLA'; EuGH C-39/97 — Canon, Rn. 16). Kann der Schutzzumfang nicht bestimmt werden, weil die Markendarstellung zu unpräzise ist, so fehlt dem Verletzungsvergleich die Grundlage: Das Gericht kann nicht feststellen, ob das beanstandete Zeichen mit dem unbestimmten Schutzgegenstand identisch oder ähnlich ist. Dies ist keine Nichtigerklärung der Marke, sondern eine Feststellung, dass der Verletzungsnachweis nicht erbracht werden kann.

17. Das OLG hat diese Unterscheidung nicht vorgenommen und ist dem Irrtum erlegen, die Schutzfähigkeitsvermutung erstreckte sich auch auf den Schutzzumfang. Dieser Rechtsirrtum führt zur Aufhebung.

IV.4. Birkenstock-Sandale und Haptikmarke

18. Hinsichtlich der Haptikmarke (Verletzungsform 5) hat der Senat in BGH GRUR 2024, 1411, Rn. 28 — 'Birkenstock-Sandale' — klargestellt: Für die markenmäßige Benutzung einer dreidimensionalen Form ist erforderlich, dass der Verkehr die Form als Herkunftshinweis und nicht lediglich als Merkmal des Produkts selbst wahrnimmt. Diese Grundsätze gelten für Haptikmarken entsprechend. Eine taktile Oberflächentextur wird vom Durchschnittsverbraucher regelmäßig als Qualitätsmerkmal oder Materialcharakteristikum wahrgenommen — nicht als Marke im Sinne eines Herkunftshinweises (vgl. auch EuGH C-48/09 P, Rn. 58 — Lego Juris/HABM).

19. Das OLG hat die markenmäßige Benutzung der Haptikmarke bejaht, ohne festzustellen, ob der Verkehr die Haptik der Beklagten-Produkte als Herkunftshinweis versteht. Dies verletzt BGH GRUR 2024, 1411, Rn. 28 und § 14 Abs. 2 MarkenG. Nach Zurückverweisung hat das OLG insbesondere Feststellungen dazu zu treffen, ob der angesprochene Verbraucherkreis — Käufer von Lederaccessoires im Preissegment EUR 18,99 bis EUR 89,00 — die Oberflächentextur von Kunstleder als Herkunftshinweis versteht. Hierbei wird das OLG auch berücksichtigen müssen, dass Brezelmann-Produkte aus Kunstleder, nicht aus dem Original-Rindsleder der Tannerie Haas bestehen — ein Unterschied, der zumindest auf Fachebene erkennbar ist.

IV.5. Bekanntheitsschutz und demoskopischer Nachweis

20. Für den Bekanntheitsschutz nach § 14 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG hat der Senat in BGH GRUR 2023, 808, Rn. 34 ff. — 'NJW-Orange' — und BGH GRUR 2021, 1191, Rn. 34 — 'STELLA' — klargestellt, dass der Bekanntheitsgrad von mindestens 40-50 % der beteiligten Verkehrskreise durch demoskopische Gutachten nachzuweisen ist. Dieser Nachweis liegt im vorliegenden Fall nicht vor. Die Klägerin hat lediglich Presseberichte und Umsatzzahlen vorgelegt — eine demoskopische Untersuchung, die die Bekanntheit der **Haptikmarke** (nicht nur der Unternehmensbezeichnung) im deutschen Verbrauchermarkt belegt, fehlt.

21. Das OLG hat diesen Beweismangel nicht bemerkt oder nicht für erheblich gehalten. Dies ist rechtsfehlerhaft. Nach Zurückverweisung hat das OLG die Klägerin aufzufordern, ein demoskopisches Gutachten zur Bekanntheit der Haptikmarke vorzulegen, das den Anforderungen des BGH (Rn. 34 ff. — 'NJW-Orange') genügt. Das von der Beklagten vorgelegte Gegengutachten (Verbraucherbefragung INRA, 18 % Bekanntheit im Discount-Segment) ist dabei zu berücksichtigen.

IV.6. Verwechslungsgefahr und Preissegment-Differenzierung

22. Bei der Beurteilung der Verwechslungsgefahr gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 2 MarkenG ist der Preisabstand zwischen den Produkten beider Parteien als ein wesentlicher Indikator für unterschiedliche Verkehrskreise zu berücksichtigen. Der Senat weist das OLG für die neue Verhandlung darauf hin, dass ein Preisverhältnis von EUR 49,99 (Brezelmann) zu EUR 3.800,00 (klôtzkètté) — mithin 1:76 — regelmäßig auf unterschiedliche Verkehrskreise hindeutet und die Verwechslungsgefahr erheblich mindert (EuGH C-39/97 — Canon, Rn. 17; BGH GRUR 2021, 1191, Rn. 28 — 'STELLA'). Das LG-Urteil enthält hierzu keine Ausführungen; das OLG hat diesen Mangel nicht korrigiert.

IV.7. Fortbildung des Rechts: Wann genügt Sonogramm + MIDI-Datei?

23. Zur Fortbildung des Rechts (§ 574 Abs. 2 Nr. 2 ZPO) stellt der Senat Folgendes klar: Ein Sonogramm in Verbindung mit einer MIDI-Datei ist als ausreichende Darstellung einer Soundmarke nach Art. 4 UMV n.F. anzuerkennen, wenn die unter Rn. 12 dieses Beschlusses genannten Mindestanforderungen erfüllt sind. Dies entspricht im Ergebnis der Linie des EUIPO Board of Appeal (EUIPO BoA R 2032/2022-4), ist jedoch erstmals für das nationale Verletzungsverfahren zu konkretisieren.

24. Der Senat lässt ausdrücklich offen, ob eine Audiodatei allein — ohne Sonogramm oder Notennotation — als ausreichende Markenregistrierung angesehen werden kann. Diese Frage stellt sich im vorliegenden Fall nicht, da EUTM 018 829 311 sowohl eine Audiodatei als auch ein Sonogramm enthält.

25. Für die Praxis der Markenanmeldung empfiehlt der Senat, Soundmarken mit einer kombinierten Hinterlegung (Notennotation + Sonogramm + MIDI-Datei + Audiodatei) anzumelden, um maximale Rechtssicherheit zu gewährleisten. Bei der Registrierungsbehörde (EUIPO, DPMA) sollte darauf hingewirkt werden, dass Sonogramm-Dateien mit vollständig kalibrierter Intensitätsachse und vollständiger Frequenzauflösung als Standardanforderung in die Markenanmeldeformulare aufgenommen werden.

IV.8. Ergebnis: Aufhebung und Zurückverweisung

26. Die Rechtsbeschwerde hat in vollem Umfang Erfolg. Das Urteil und der Beschluss des OLG Frankfurt am Main vom 04. August 2026 sind hinsichtlich der Verletzungsformen 3, 5 und 7 aufzuheben; die Sache wird zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das OLG zurückverwiesen. Das OLG hat dabei insbesondere:

- (1) ein Sachverständigengutachten zur Sieckmann-Konformität des Sonogramms der Soundmarke EUTM 018 829 311 einzuholen und dabei insbesondere die Vollständigkeit der Frequenzdarstellung, die Kalibrierung der Intensitätsachse und das Vorhandensein einer maschinenlesbaren Referenzdatei zu untersuchen;
- (2) die markenmäßige Benutzung der Haptikmarke durch die Beklagte gesondert festzustellen und dabei zu prüfen, ob der Verkehr die Oberflächentextur der Beklagten-Produkte als Herkunftshinweis versteht (BGH GRUR 2024, 1411, Rn. 28 — 'Birkenstock-Sandale');
- (3) die Bekanntheit der Haptikmarke durch ein unabhängiges demoskopisches Gutachten zu prüfen und dabei die beteiligten Verkehrskreise korrekt zu bestimmen (BGH GRUR 2023, 808, Rn. 34 — 'NJW-Orange');
- (4) den Preisabstand zwischen den Parteiprodukten (1:76) bei der Verwechslungsgefahr-Prüfung zu berücksichtigen und die unterschiedlichen Verkehrskreise zu würdigen.

VI. Ergänzende Ausführungen zur Rechtsbeschwerde-Zulassung

VI.1. Grundsätzliche Bedeutung (§ 574 Abs. 2 Nr. 1 ZPO)

29. Die vom OLG zugelassene Rechtsfrage hat grundsätzliche Bedeutung weit über den vorliegenden Einzelfall hinaus. Seit der EU-Markenrechts-Reform 2017 sind europaweit Hunderte von Soundmarken-Anmeldungen mit Sonogramm-Hinterlegungen beim EUIPO eingereicht worden. Die Frage, welche technischen Mindestanforderungen an Sonogramm-Darstellungen zu stellen sind, damit sie den Sieckmann-Kriterien genügen, ist für die Praxis der Markenmeldung und für Verletzungsverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten von erheblicher Bedeutung.

30. Entsprechendes gilt für Haptikmarken: Die DPMA-Anmeldung 30 2025 213 887 ist eine der ersten deutschen Haptikmarken-Anmeldungen seit der Reform 2019 des MarkenG. Die Frage, ob eine verbale Beschreibung ohne quantitative Rauheitsparameter für eine Sieckmann-konforme Haptikmarkenmeldung ausreichend ist, hat Signalwirkung für die gesamte deutsche und europäische Markenpraxis.

VI.2. Rechtsfortbildung (§ 574 Abs. 2 Nr. 2 ZPO)

31. Der Senat hat in diesem Beschluss das Recht in folgenden Punkten fortgebildet: (1.) Konkretisierung der Sieckmann-Anforderungen für Sonogramme nach der EU-Markenrechts-Reform 2017 (Rn. 10-13); (2.) Abgrenzung von Schutzfähigkeitsvermutung und Schutzzumfangsbestimmung im Verletzungsverfahren (Rn. 14-17); (3.) Anwendung der Birkenstock-Sandale-Grundsätze (BGH GRUR 2024, 1411, Rn. 28) auf Haptikmarken (Rn. 18-19).

32. Zur weiteren Rechtsfortbildung im zurückverwiesenen Verfahren weist der Senat auf folgende offene Fragen hin, über die das OLG bei entsprechendem Sachvortrag zu entscheiden haben wird: (a) Kann ein Verletzungsgericht incidenter über die Nichtigkeit einer eingetragenen Unionsmarke entscheiden, oder ist es auf das Nichtigkeitsverfahren nach Art. 59 ff. UMV verwiesen? (b) Wie ist die Beweislast bei der Prüfung der Sieckmann-Konformität im Verletzungsverfahren verteilt? Trägt die klagende Markeninhaberin die Beweislast für die Darstellungsklarheit ihrer Marke?

VI.3. Hinweise für das weitere Verfahren

33. Das Berufungsgericht wird für das zurückverwiesene Verfahren folgendes zu beachten haben:

- Die technische Prüfung des Sonogramms erfordert einen Sachverständigen mit Fachkompetenz in digitaler Akustik und Tontechnik. Der Sachverständige ist insbesondere zu fragen, ob das Sonogramm der EUTM 018 829 311 (1.) eine vollständige Frequenzdarstellung von mindestens 20 Hz bis 16.000 Hz enthält; (2.) eine kalibrierte Dezibel-Skala aufweist; (3.) eine MIDI-Datei oder ein äquivalentes
- (1) Format als maschinenlesbare Referenz enthält.

- Die Prüfung der markenmäßigen Benutzung der Haptikmarke erfordert insbesondere Feststellungen zur Verbraucherwahrnehmung im relevanten Marktsegment. Ein Panel-Test nach DIN ISO 11136 (Dreieckstest) kann hier als
- (2) Beweismittel in Betracht gezogen werden.

- Der Bekanntheitsnachweis für die Haptikmarke muss spezifisch für das taktile Zeichen — nicht für die Unternehmensbezeichnung — erbracht werden. Eine demoskopische Erhebung hat dabei zu ermitteln, ob die Verbraucher die Haptik als Herkunftshinweis (im Sinne von 'das fühlt sich an wie ein klötzkètté-Produkt') oder
- (3) lediglich als Qualitätsmerkmal wahrnehmen.

- Bei der Verwechslungsgefahr-Prüfung ist der Preisabstand zwischen den Parteiprodukten ausdrücklich zu würdigen. Das Gericht hat festzustellen, ob ein Verbraucher, der eine Brezelmann-Tasche für EUR 49,99 kauft, diese für ein Luxusprodukt der Marke klötzkètté halten könnte oder einer Gedankenverbindung
- (4) unterliegt, die den Ruf der Luxusmarke beeinträchtigt.

- Sollte das OLG nach Prüfung die Verletzungsformen 3, 5 und 7 ganz oder teilweise bejahen, hat es die jeweiligen Ansprüche auf Unterlassung (§ 14 Abs. 5 MarkenG), Auskunft (§ 19 MarkenG) und Schadensersatz (§ 14 Abs. 6 MarkenG) gesondert zu begründen und die Berechnung des Schadensersatzes gemäß den drei Berechnungsmethoden (entgangener Gewinn, Lizenzanalogie, Herausgabe des
- (5) Verletzergewinns) offenzuhalten.

34. Im Übrigen nimmt der Senat auf seine ständige Rechtsprechung zur Darlegungs- und Beweislast im Markenrecht Bezug: Die Beweislast für alle Verletzungsvoraussetzungen trägt die klagende Markeninhaberin; fehlt der Nachweis einer Voraussetzung, geht dies zu ihren Lasten. Das OLG wird in der neuen Verhandlung zu beachten haben, dass die Beklagte mit dem Sachverständigengutachten Tastenberger-Witzleben ($p > 0,05$ für alle Rauheitsparameter) substantiiert vorgetragen hat, dass ihre Produkte sich messtechnisch nicht von den Originalprodukten der Klägerin unterscheiden. Diesem Vortrag ist die Klägerin nicht mit gleicher Substanz entgegengetreten.

IX. Detaillierte Würdigung einzelner Rügen der Rechtsbeschwerdeführerin

IX.1. Zur Rüge der fehlerhaften Beweismwürdigung (§ 286 ZPO) bezüglich des Privatgutachtens Pfeifenbach

38. Die Rechtsbeschwerdeführerin rügt, das OLG habe das Privatgutachten der Dr. Karoline Pfeifenbach (Anlage B 2: Klanganalyse; Anlage B 3: Frequenzspektrum 0-200 Hz) nicht ausreichend gewürdigt. Diese Rüge ist begründet. Das OLG hat auf Seite 13 seines Urteils lediglich ausgeführt, das Privatgutachten 'überzeuge nicht', ohne inhaltlich auf die methodischen Einwände einzugehen. Dies genügt den Anforderungen des § 286 ZPO nicht.

39. Ein Gericht ist berechtigt, einem Gerichtsgutachten den Vorzug vor einem Privatgutachten zu geben; es muss dies aber begründen, wenn das Privatgutachten substantiierte methodische Einwände gegen das Gerichtsgutachten erhebt (BGH NJW 2016, 3244, Rn. 21). Dr. Pfeifenbach hat konkret gerügt: (a) Der Vergleich einer 3,2-sekündigen Sequenz mit einer 22-sekündigen Vollsequenz ist methodisch nicht anerkannt; (b) die Ausblendung des Frequenzbereichs unter 200 Hz ist nicht begründet; (c) die Berechnungsmethodik für die '94,7 %-Äquivalenz' ist im Gutachten nicht offengelegt. Diese konkreten Einwände hätte das OLG inhaltlich adressieren müssen.

40. Das OLG hat zudem den Beweisantrag der Rechtsbeschwerdeführerin auf Einholung eines Obergutachtens (§ 412 ZPO) kommentarlos übergangen. Dieser Fehler wirkt sich auf das Ergebnis aus: Ein Obergutachten hätte möglicherweise ergeben, dass die Identität der Klangsequenz nicht mit 94,7 %, sondern nur mit erheblich geringerer Wahrscheinlichkeit festgestellt werden kann.

IX.2. Zur Rüge der Verletzung des § 139 ZPO durch das OLG

41. Die Rechtsbeschwerdeführerin rügt zudem, das OLG habe seinerseits gegen § 139 ZPO verstoßen, indem es ohne vorherigen Hinweis einen neuen eigenständigen Begründungsansatz für die Haptikmarke (Benutzungsmarke nach § 4 Nr. 2 MarkenG statt des vom LG herangezogenen § 4 Nr. 3 MarkenG) verwendet habe, ohne die Rechtsbeschwerdeführerin hierauf hinzuweisen.

42. Das Berufungsgericht darf zwar in der rechtlichen Begründung von der Vorinstanz abweichen; es muss aber, wenn es einen neuen rechtlichen Gesichtspunkt einführt, der in der ersten Instanz nicht erörtert wurde, die Parteien hierauf hinweisen (§ 139 Abs. 2 ZPO analog; § 278 Abs. 3 ZPO). Ein Hinweis auf den neuen Ansatz (Benutzungsmarke statt notorische Bekanntheit) ist im OLG-Verfahren ausweislich des Protokolls der mündlichen Verhandlung nicht erteilt worden. Dies stellt einen Verfahrensfehler dar.

IX.3. Zur Rüge der fehlerhaften Kostenentscheidung

43. Die Kostenentscheidung des LG (Urteil Ziffer 4) war teilweise zulasten der Rechtsbeschwerdeführerin ergangen; das OLG hat die Berufung gegen die Kostenentscheidung zurückgewiesen. Da die Hauptsacheentscheidung nach Zurückverweisung neu getroffen werden muss, ist auch die Kostenentscheidung dem Berufungsgericht vorzubehalten. Eine selbständige Entscheidung über die Kosten im

Rechtsbeschwerdeverfahren ist daher ausgeschlossen (§ 97 Abs. 2 ZPO).

IX.4. Zur Rüge fehlender Auseinandersetzung mit dem Verwechslungsgefahr-Vortrag

44. Die Rechtsbeschwerdeführerin rügt schließlich, das OLG habe ihren substantiierten Vortrag zu den unterschiedlichen Verkehrskreisen und dem Preisgefälle nicht berücksichtigt. Dieser Rüge ist zuzustimmen: Das OLG-Urteil enthält auf Seiten 17-19 Ausführungen zur Verwechslungsgefahr, die den Preis der Parteiprodukte nicht erwähnen und die Frage der unterschiedlichen Zielgruppen nicht erörtern. Dieser Begründungsmangel ist revisibel und führt zur Aufhebung.

45. Im Rahmen der Verwechslungsgefahr-Prüfung nach Zurückverweisung ist zu berücksichtigen, dass ein gravierendes Preisgefälle zwischen den Produkten der Parteien die Verwechslungsgefahr deutlich mindert, weil es auf unterschiedliche Verkehrskreise hindeutet. Die Rechtsprechung des EuGH (EuGH C-39/97 — Canon, Rn. 17; EuGH C-251/95 — SABEL, Rn. 22) und des BGH (BGH GRUR 2021, 1191, Rn. 28 — 'STELLA'; BGH GRUR 2023, 808, Rn. 34 — 'NJW-Orange') bestätigen, dass alle maßgeblichen Umstände des Einzelfalls — einschließlich des Preisgefälles — in die Gesamtabwägung einzubeziehen sind.

X. Leitsätze (amtlich)

Der Senat stellt folgende Leitsätze auf:

- Ein Sonogramm (Spektrogramm) in Verbindung mit einer MIDI-Datei kann als ausreichende Darstellung einer Soundmarke i.S.d. Art. 4 UMV n.F. anerkannt werden, wenn es (a) den vollständigen hörbaren Frequenzbereich von mindestens 20 Hz bis 16.000 Hz abbildet, (b) eine kalibrierte Dezibel-Absolutwertskala enthält und (c) zusammen mit einer maschinenlesbaren
- LS 1. Referenzdatei (MIDI oder äquivalent) hinterlegt wird.
- Das Verletzungsgericht ist befugt, den Schutzzumfang einer eingetragenen Unionsmarke anhand der Registereintragung eigenständig zu bestimmen. Ist die Registrierdarstellung so unpräzise, dass der Schutzzumfang nicht bestimmbar ist, fehlt die Grundlage für den Verletzungsvergleich; die Marke selbst wird dadurch
- LS 2. nicht für nichtig erklärt.
- Für die markenmäßige Benutzung einer Haptikmarke ist erforderlich, dass der Verkehr die taktile Textur als Herkunftshinweis und nicht lediglich als Qualitätsmerkmal wahrnimmt (Fortführung BGH GRUR 2024, 1411, Rn. 28 —
- LS 3. 'Birkenstock-Sandale').
- Der Bekanntheitsschutz nach § 14 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG erfordert für nicht traditionelle Marken (Haptikmarken, Soundmarken) den spezifischen Nachweis, dass das konkrete Zeichen — nicht nur das Unternehmen oder die Wortmarke —
- LS 4. einem bedeutenden Teil der beteiligten Verkehrskreise als Marke bekannt ist.

VII. Verhältnis zu EuGH-Vorlage

35. Der Senat hat erwogen, ob die Fragen der Sieckmann-Konformität für Sonogramme dem EuGH zur Vorabentscheidung nach Art. 267 AEUV vorzulegen sind. Er hat davon abgesehen, weil er die maßgeblichen Normen (Art. 4 UMV n.F.) im Lichte von EuGH C-273/00 (Sieckmann) und EuGH C-283/01 (Shield Mark) für hinreichend klar hält, um die Grundsätze für Sonogramme selbst zu entwickeln. Sollte das OLG nach Zurückverweisung Zweifel an der Auslegung des Art. 4 UMV n.F. haben, steht es ihm als nicht letztinstanzlichem Gericht frei, dem EuGH nach Art. 267 Abs. 2 AEUV vorzulegen. Tut es dies nicht, und der Senat wird als letztinstanzliches Gericht erneut befasst, wird er die Vorlagepflicht nach Art. 267 Abs. 3 AEUV erneut prüfen.

36. Für Haptikmarken hat der EuGH zu Art. 4 UMV n.F. noch nicht Stellung genommen. Diese Frage kann grundsätzlich EuGH-Vorlagepflicht auslösen, sobald ein Gericht letztinstanzlich entscheidet. Das OLG als Rechtsmittelgericht in zweiter Instanz unterliegt der Vorlagepflicht noch nicht; es steht ihm jedoch frei, die offene Frage dem EuGH nach Art. 267 Abs. 2 AEUV vorzulegen.

VIII. Veröffentlichung

37. Der Beschluss ist zur Veröffentlichung in BGHZ und GRUR bestimmt. Er ist auch in den amtlichen BGH-Entscheidungen zugänglich zu machen. Die Pressestelle des Bundesgerichtshofs wird beauftragt, eine Pressemitteilung zu dem Beschluss zu erstellen, die die Grundsätze zur Sieckmann-Konformität von Sonogrammen und zur markenmäßigen Benutzung von Haptikmarken zusammenfasst.

V. Kostenentscheidung

27. Die Entscheidung über die Kosten des Rechtsbeschwerdeverfahrens ist dem Berufungsgericht vorzubehalten, da der Ausgang des zurückverwiesenen Verfahrens offen ist (§ 97 Abs. 2 ZPO). Eine Kostenentscheidung im Rechtsbeschwerdeverfahren selbst scheidet damit aus.

28. Der Streitwert für das Rechtsbeschwerdeverfahren wird gemäß § 51 Abs. 1 GKG auf EUR 750.000,00 festgesetzt. Dieser Wert entspricht dem kanzleiinternen Streitwertansatz für das Eilverfahren und berücksichtigt, dass die Rechtsbeschwerde nur drei der sieben Verletzungsformen betrifft.

Prof. Dr. Thomas Koch	Dr. Marx-Friesenheim	Schmitthenheim-Falka u	Dr. Boronwald
VRiBGH	RiBGH	RiinBGH	RiBGH

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 577 Abs. 6 ZPO). — Ausgefertigt: Karlsruhe, 14. Januar 2027. Als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle: M. Haselbusch, Justizobersekretärin